

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion die Linke

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Behördenchaos bei Einbürgerungen beenden – Antragsabgabe und Erstberatung auch in der Übergangsphase der Zentralisierung sicherstellen

(Drs. 19/1020)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 19/1020 – wird wie folgt geändert:

Am Ende der Überschrift wird folgender Wortlaut ergänzt:

„und Landeseinwanderungszentrum diskriminierungsfrei und divers aufstellen“

Am Ende des Beschlusstextes werden folgende zwei abschließende Absätze eingefügt:

„Der Senat wird außerdem aufgefordert, das geplante Landeseinwanderungszentrum personell vielfältig aufzustellen und den Aufbau der neuen, für Einwanderung zuständigen Abteilung beim Landeseinwanderungsamt von Anfang an durch den Einsatz externer, unabhängiger Expert*innen diskriminierungskritisch zu begleiten und hierfür die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Eine diversitätsorientierte und diskriminierungskritische Organisationsentwicklung sollte für alle Verwaltungen und Behörden Standard sein und gerade dann, wenn sie neu aufgebaut

werden, zum Pflichtprogramm gehören. Entsprechend besagt das Landesantidiskriminierungsgesetz, dass „die Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung und die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt durchgängige Leitprinzip bei allen Maßnahmen der öffentlichen Stellen“ ist. Flankierend sieht das Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft im Land Berlin vor, dass Personen mit Migrationsgeschichte auf allen Ebenen der Verwaltung, auch in den Führungsebenen, mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung Berlins abgebildet werden, der derzeit bei 36 Prozent liegt.“

Berlin, den 23.06.2022

Omar Jarasch Graf
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Eralp Helm Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke